

# Wie die Grünen die SP links überholten

Buch zur 25-jährigen Geschichte der Grünen Partei – «Politischer Zwilling» und Konkurrentin zur SP

Die Geschichte der Grünen ist bis heute geprägt von der Auseinandersetzung zwischen linken und gemässigten Kräften. Ein neues Buch analysiert den Aufstieg und beleuchtet mögliche Gefahren für die Zukunft.

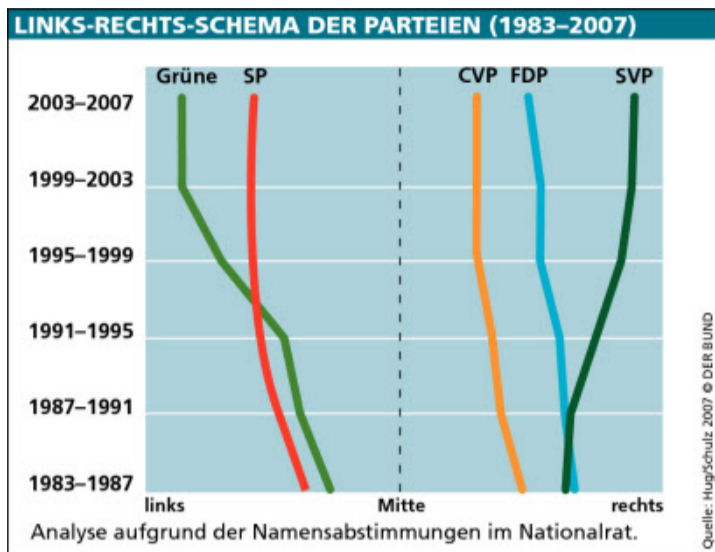
JÜRIG SOHM

Neben dem Aufstieg der SVP zur gesamtschweizerisch stärksten Partei ist der Durchbruch der Grünen die markanteste Veränderung in der schweizerischen Parteienlandschaft der letzten Jahre. Sie sind nicht «wie die Maikäfer» gekommen und wieder verschwunden, wie dies in den frühen Achtzigerjahren von linken Kreisen prophezeit worden war. Die Grünen haben sich vielmehr als stärkste Nicht-Bundesratspartei etabliert – stärker als es der Landesring der Unabhängigen (LdU) je war, der diese Rolle lange Zeit innehatte. Im letzten Herbst erklommen die Grünen bei den eidgenössischen Wahlen den bisherigen Höhepunkt mit 20 Sitzen im Nationalrat (9,8 Prozent Wähleranteil) und 2 Sitzen im Ständerat. Die Grünen sind zudem in sechs Kantonsregierungen vertreten (BE, BS, NE, NW, VD, GE) und haben in vier Regierungen zusammen mit der SP eine Mehrheit (BE, BS, NE, GE).

In einem Sammelband, den der Politologe Werner Seitz und der ehemalige Inlandjournalist Matthias Baer herausgeben, wird die 25-jährige Geschichte der Grünen in der Schweiz nachgezeichnet. Es ist eine wechselvolle Geschichte – bis heute geprägt von der Auseinandersetzung zwischen linksalternativen und gemässigt-liberalen Grünen, die 1983 je eigene Dachorganisationen gründeten. Nach ersten Sitzgewinnen bei den Nationalratswahlen 1983 erzielten die Grünen 1987 den Durchbruch: Bei den von Waldsterben, Tschernobyl und Chemiekatastrophe Schweizerhalle geprägten Wahlen eroberten sie 10 Sitze (7,3 Prozent Wähleranteil). Mit 9 Mandaten hatte die gemässigte Grüne Partei der Schweiz (GPS) gegenüber den alternativen Grünen (Grünes Bündnis) klar die Nase vorn. 1991 war der innergrüne Wettlauf auf nationaler Ebene entschieden: Während die GPS weiter zulegte, brachen die alternativen Gruppierungen ein.

## Krise der Neunzigerjahre

Doch der Erfolg hielt nicht an. In den Neunzigerjahren gerieten die Grünen in die Krise. Das Referendum gegen die Neat und vor allem die Ablehnung des EWR (mit anschließender EU-Beitrittsforderung) entzweiten die Grünen. Ihre «Slalompolitik» kam unter die



Räder. 1995 stürzte die GPS auf 5 Prozent ab und verlor im Nationalrat 6 von 14 Sitzen.

Die Trendwende zum Erfolg begann Ende Neunzigerjahre in der Romandie und setzte sich 2003 auch national fort. Dabei profitierte die Grüne Partei einerseits vom Beitritt alternativer Gruppierungen (wie 2002 des Berner Grünen Bündnisses mit Nationalrätin Franziska Teuscher). Andererseits rückten mit der Hochkonjunktur wieder verstärkt Umweltthemen in den Vordergrund.

Doch 2004 kam ein neuer Dämpfer – mit noch ungewissem Aus-

gang: In Zürich spalteten sich die Grünliberalen ab, die im letzten Herbst auf Anhieb drei Nationalratssitze und einen Ständeratssitz eroberten. Laut Seitz wird es die grosse Herausforderung der GPS sein, linke und liberale Kräfte vereint unter ihrem Dach zu behalten. Schafft sie es nicht, wäre sie wieder dort, wo die grüne Bewegung in den Achtzigerjahren ihren Anfang nahm, «als zwei Formationen von mässig nationaler Bedeutung um die Gunst der Wählenden buhlten».

Die Abspaltung ist Folge des Linksrutsches der Grünen in den Neunzigerjahren. Wie der Politolo-

ge Andreas Ladner und der Politogeograf Michael Hermann aufzeigen, politisierten die Grünen bis Anfang Neunzigerjahre noch leicht rechts der SP, überholten die Sozialdemokraten ab 1998 aber klar links – am deutlichsten auf nationaler Ebene. Die Grünen hätten frühere Vorbehalte gegenüber dem Wohlfahrtsstaat abgelegt und seien in der Sozial- und Finanzpolitik auf SP-Kurs gegangen, schreibt Hermann. Die «politischen Zwillinge» unterscheiden sich heute vor allem in der Sicherheits- und Aussenpolitik. Die Politik der Grünen ist im Vergleich zur SP geprägt von fundamentaler Skepsis gegenüber dem Kontroll- und Überwachungsstaat.

Ladner erklärt den Linksrutsch vor allem damit, dass neue Gruppierungen zur GPS dazugestossen sind. Tatsächlich haben sich die meisten linksalternativen Bewegungen in den letzten Jahren der GPS angeschlossen. Möglicherweise sei vielen Wählerinnen und Wählern gar nicht bewusst, dass sich die Grünen so klar links positionierten, schreibt Ladner. In diesem Fall hätte eine grünliberale Konkurrenzpartei erst recht Potenzial.

## Gewinne auf Kosten der SP

Im Bundeshaus akzentuierte sich der Linkskurs nicht zuletzt, weil die verlässlichste Bündnispartnerin für die Grünen stets die SP ist.

Grüne und SP sind dabei ebenso Partner wie Konkurrentinnen. Denn nur während einer kurzen Phase von 2003 bis 2005 legten sowohl Grüne als auch SP zu. Vorher (und auch in jüngster Zeit wieder) gingen grüne Gewinne in aller Regel auf Kosten der SP. Dass derzeit die Grünen Konjunktur haben, ist dabei nicht nur dem Umweltthema zuzuschreiben. «Es scheint, als profitierten die Grünen als Projektionsfläche für alle möglichen Erwartungen – ungeachtet ihrer realen politischen Verdienste», schreibt Mitherausgeber Matthias Baer.

## Mitte-Wähler vernachlässigt

Aus Angst, links aneinander Stimmen zu verlieren, haben SP und Grüne kaum je aktiv Wähler in der Mitte umworben, sondern sich höchstens passiv für heimatlose Bürgerliche angeboten. Das Buhlen ausschliesslich um linke Wähler könnte sich allerdings rächen. Der rechte Rand des ökosozialen Lagers ist laut Baer unbefestigt, wie die Abspaltung der Grünliberalen zeige. Wollten SP und Grüne aber insgesamt wachsen, könne dies nur «in der linken Mitte» gelingen.

[1] DAS BUCH Matthias Baer, Werner Seitz (Hrsg.): Die Grünen in der Schweiz. Ihre Politik, ihre Geschichte, ihre Basis, Rüegger-Verlag, 2008, 190 Seiten, Fr. 34.–.

## Schweiz muss Haft verkürzen

EU legt für die Schengen-Länder eine maximale Dauer der Ausschaffungshaft von 18 Monaten fest

Die Schweiz muss voraussichtlich ihr Asyl- und Ausländergesetz in Bezug auf die Dauer der Ausschaffungshaft an neue EU-Vorschriften anpassen.

MARIANNE TRUTTMANN, BRÜSSEL

Parlament, Kommission und Mitgliedstaaten der Europäischen Union einigten sich gestern auf einen Kompromiss, der für illegale Aufenthalter eine maximale Haftdauer von 18 Monaten vorsieht. Mit den neuen Asyl- und Ausländergesetzen, die im September 2006 von den Schweizer Stimmberechtigten angenommen wurden, wurde die maximale Haftdauer von 12 auf 24 Monate erhöht. Wegen des Schengen-Dublin-Abkommens muss die Schweiz die neuen Vorschriften der

EU-Rückführungsrichtlinie übernehmen. Die EU-Richtlinie betrifft den Umgang mit Ausländern, die nicht EU-Bürger sind und die entweder illegal eingereist sind, deren Visum oder deren Aufenthaltsgenehmigung abgelaufen ist oder deren Asylantrag letztinstanzlich abgelehnt wurde.

## Maximal 18 Monate Haft

Der gestern im sogenannten «Trilog» zwischen den EU-Institutionen ausgehandelte Kompromiss muss formell noch von Rat und Parlament angenommen werden. Über den genauen Inhalt des erzielten Kompromisses äusserten sich gestern Abend Innenminister Dragutin Mate von der slowenischen EU-Präsidentschaft und der Berichterstatter des EU-Parlamentes, Manfred Weber, nicht. Laut Aussagen von Abgeordneten soll die

Ausschaffungshaft nur in Ausnahmefällen 18 Monate dauern. Im Normalfall soll sie auf 6 Monate begrenzt werden. Dies war ursprünglich von der EU-Kommission vorgeschlagen worden. Ein Parlamentsausschuss wollte die Ausschaffungshaft sogar auf drei Monate beschränken. In einzelnen EU-Staaten gibt es bis heute allerdings überhaupt keine Begrenzung der Maximaldauer für die Ausschaffungshaft. Mate zeigte sich gestern zuversichtlich, dass der ausgehandelte Kompromiss von Parlament und Rat akzeptiert wird. Von den Mitgliedstaaten muss die neue Richtlinie nicht einstimmig, sondern nur mit qualifizierter Mehrheit angenommen werden.

Ohne auf die neuen EU-Vorschriften einzugehen, hat Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf bereits letzte Woche eine neue Revi-

sion des Asylgesetzes angekündigt. Dabei sollen verschiedene kleinere Probleme gelöst werden, etwa die Möglichkeit, Asylgesuche auf Boten zu einzureichen. Oder es sollen Sanktionen ermöglicht werden gegen Leute, die sich erst in der Schweiz absichtlich einen Asylgrund schaffen: etwa wenn sie sich an einer Demonstration gegen ihr Heimatland beteiligen und von ihrem Land deshalb mit Verfolgung rechnen müssen.

## Erst seit Anfang 2007 in Kraft

Da die Schweizer Regelung erst seit Anfang 2007 in Kraft sei, lasse sich die Bedeutung einer allfälligen erneuten Verkürzung der Ausschaffungshaft in der Praxis nicht abschätzen, erklärte Jonas Montani, Sprecher des Bundesamtes für Migration, gegenüber der Nachrichtenagentur SDA.

## Deutscher Cargo-Experte in SBB-Verwaltungsrat

**BUNDESRAT** Der Bundesrat hat den ehemaligen Chef der Cargo-Tochter der Deutschen Bahn, Bernd Malmström, in den Verwaltungsrat der SBB gewählt. Auch zum SBB-Verwaltungsrat ernannt wurde der frühere Kuoni-Finanzchef Conrad Löffel.

Malmström war bis zur Pensionierung Mitte 2005 CEO der deutschen Güterverkehrstochter Railion, der früheren DB Cargo. Er habe einen hervorragenden Leistungsausweis und eine hohe Kompetenz im Logistikbereich, da er bei der DB diesen Bereich aufgebaut habe, sagte Uvek-Sprecher Daniel Bach. Das Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Uvek) erwarte von Malmström, dass er im neunköpfigen Verwaltungsrat mithilfe, den Güterverkehrsbetrieb SBB Cargo aus seiner schwierigen Situation herauszuführen. «Er wird ein Verwaltungsrat

mit kritischem Blick und viel Strategiekompetenz sein», sagte Bach.

SBB-Chef Andreas Meyer, der während mehrerer Jahre ebenfalls bei der Deutschen Bahn tätig war, sei nicht in die Wahl involviert gewesen. Malmström kann nun voraussichtlich drei Jahre als Verwaltungsrat arbeiten, da das gesetzlich vorgegebene Höchstalter für den Verwaltungsrat bei 70 Jahren liegt. Nach Malmströms Weggang als CEO von der Deutschen Bahn 2005 gab es kritische Stimmen, die den Manager als Stellen- und Leistungsabbauer bezeichneten. Laut Uvek ist Malmström aber kein «Abbauer». Er habe zwar die Verkehrsflächen bei der Deutschen Bahn leicht reduziert. Der Erfolg von Railion und ihre Fähigkeit, wachsendes Volumen wirtschaftlich erfolgreich zu bewältigen, sei jedoch wesentlich auf Malmströms Wirken zurückzuführen. (sda)

ANZEIGE

Stressless® Sonderausstellung vom 12.4. bis 7.6.2008.



Entdecken Sie das perfekte Heimkino.

Profitieren Sie von unserem Angebot Arlon Kombination (1er/Sektortisch/1er) in Leder Batik cream oder schwarz für Fr. 5290.– statt Fr. 6215.–.

Dieses Angebot ist gültig bis 7.6.2008. Nicht kombinierbar.



Nur echt mit der Stressless® Marke!



Gewinnen Sie eine komplette Heimkino-Einrichtung mit LCD-TV, Home Cinema Set und Arlon Kombination (1er/Sektortisch/1er inkl. Doppelhocker) im Wert von über Fr. 12'000.–.



THE INNOVATORS OF COMFORT™

Pfister